

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift

des Verbandes der Gärtner und Gärtnerei-Arbeiter (vormals: Allgem. Deutscher Gärtnerverein), Sitz Berlin und des Verbandes der Gärtner Österreichs, Sitz Wien

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährl. durch die Post 8 M.,
unser Streifband 8,50 M.
Erscheint wöchentlich Sonnabends

**Schriftleitung und
Versand:**
Berlin S 42, Luisenauer 1
Fernruf: Moritzplatz 8725

Anzeigen-Bedingungen: Die häufigste und
preisgünstigste 20 Pfennig
Bei Wiederholungen Ermäßigung. — Alleinige Anzeigen-
Annahme Lorenz & Co., G. m. b. H., Leipzig, Bismarckstr. 6

In der Zeit vom 27. Juli bis 2. August ist der Beitrag für die 31. Woche fällig

Ortsbeamter für Hamburg gesucht.

Das erfreuliche weitere Wachsen unserer Ortsverwaltung Hamburg macht die Einstellung eines zweiten Ortsbeamten notwendig. Mitglieder, die sich für diesen Posten geeignet halten, werden ersucht, bis zum 15. August d. J. ihre Bewerbung mit einer schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben eines Ortsbeamten, einen kurzen Lebenslauf, Angabe ihrer bisherigen Verbandstätigkeit unter Beifügung ihres Mitgliedsbuches an den Unterzeichneten einzusenden. Die Einstellung soll baldigst erfolgen.

Der Hauptvorstand. I. A.: Josef Busch.

Zur gefl. Beachtung!

Die pünktliche Entrichtung der Beiträge ist für jedes einzelne Mitglied sowohl wie für die Kassierer eine äußerst wichtige Angelegenheit. Für das Mitglied deswegen, weil durch das Aufsummen mehrerer Beiträge die dann zu entrichtende Summe leicht zu groß wird und man zahlt eine kleine Summe leichter und lieber, als eine große; für den Kassierer deshalb, weil die geschäftliche Grundlage des Verbandes die Einnahmen von Beiträgen ist. Zu einer geordneten Geschäftsführung gehört vor allem der regelmäßige Eingang der Gelder.

Als unser Verband klein war, wurden die Beiträge meistens in den Versammlungen bezahlt. In einigen kleinen Zahlstellen wird das auch heute noch getan. Das hat sich aber als unzweckmäßig erwiesen, denn auch in den bestbesuchtesten Versammlungen wird immer eine Anzahl der Mitglieder abwesend sein. Diese würden, wenn sie wirklich in die nächste Versammlung kommen würden, dann schon wenigstens 4 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sein.

Deswegen ist das wöchentliche Einkassieren der Beiträge durch besonders hierzu bestimmte Hilfs- oder Unterkassierer in den meisten Ortsverwaltungen eingeführt. Wo das noch nicht durchgeführt ist, muß es unverzüglich in die Wege geleitet werden. Wir können das Kassieren als Bezirks- oder als Betriebskassierung einrichten. In Betrieben, wo mehrere Mitglieder arbeiten, sucht der Ortskassierer unter den Mitgliedern einen geeigneten Kollegen oder eine Kollegin heraus, übergibt ihnen eine Anzahl Beitragsmarken, die dieser an die Mitglieder verkauft. Zweckmäßigster Tag zum Einkassieren ist immer der Lohnzahlungstag.

Die in den Kleinbetrieben tätigen Mitglieder werden in ihrer Wohnung kassiert. Größere Orte werden in Bezirke geteilt und für jeden Bezirk wird ein Unterkassierer bestimmt, der allwöchentlich, am besten Sonnabends oder Sonntags, die Mitglieder kassiert. Die Mitglieder sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß, wenn sie nicht zu Hause sind, ein Hausgenosse die Beitragszahlung für ihn erledigt.

Bei gutem Willen der Kollegen ist auf diese Weise die pünktliche und regelmäßige Beitragskassierung gewährleistet. Den Unterkassierern soll ihr Amt von den eignen Mitgliedern nicht erschwert werden, denn sein Amt ist ein Ehrenamt und kein leichtes und angenehmes. Die wenigen Pfennige, die die Unterkassierer für die verkaufte Marke bekommen, ist keine Ent-

schädigung für ihre dabei aufgewandte Zeit, sondern nur ein Teilersatz für ihre Auslagen.

Mit dem Kassieren der Beiträge werden gleichzeitig die Zeitungen an die Mitglieder abgegeben.

Es kommt natürlich auch vor, daß man säumige Unterkassierer hat, die das Kassieren verbummeln, ohne daß der Ortskassierer zunächst davon Kenntnis hat. In solchen Fällen ist es Pflicht der Mitglieder, daß sie sich sofort beschwerdeführend an den Ortskassierer wenden, damit Abhilfe geschaffen wird.

Der Ortskassierer übergibt den Unterkassierern für eine zweimalige Kassierung Beitragsmarken, sodaß alle 14 Tage abgerechnet werden muß. Jeder Unterkassierer bekommt für jedes zu kassierende Mitglied eine kleine Karte (Unterkassiererkarte, von der Hauptverwaltung zu beziehen). Auf dieser sind Personalien und Wohnung des Mitgliedes verzeichnet. Jeder gezahlte Beitrag wird auf der Karte durch ein X in die betreffende Woche vermerkt. Verzieht das Mitglied aus dem Bezirk, so ist die betreffende Karte an den Ortskassierer, möglichst mit Angabe der neuen Adresse, zurück zu geben.

Gelegentlich wird gemeldet, daß sich zur Übernahme eines solchen Postens keine Mitglieder finden. Das ist ein Beweis, daß da die Mitglieder den Sinn und Zweck der Organisation nicht begriffen haben. Der Verband vertritt die Interessen der Mitglieder, der Verband besteht nur aus Mitgliedern. Jedes Mitglied ist ein Stück des Verbandes und hat darum das größte Interesse am Gedeihen des Verbandes. Jeder Kollege, jede Kollegin sollte es sich zur Pflicht machen, sich zur Ehre anrechnen, eine Arbeit für die Organisation zu verrichten. Wer es ablehnt, am Ausbau des Verbandes mitzuhelfen, der hat auch kein Recht über Mängel im Verband zu kritisieren.

Tempora mutantur,

nos et mutamur in illis. Die Zeiten verändern sich und wir uns in ihnen, so sagt schon ein Ausspruch der alten Römer. Daß diese aber nicht Recht behielten, besagt z. B. auch der Leitartikel in Nr. 13 des „Privatgärtner“. Der ungenannte Verfasser desselben schrieb gerade noch in der Tonart einer konservativen Wahlrede von 1912, unbeachtet der Tatsache, daß selbst die konservative Partei ein anderes Kleid anzog. Er hat, so scheint es, noch nicht begriffen, daß die Zeiten und Sachlagen sich grundstürzend ändern, sonst würde er nicht in der alten ausgebleichten Angst vor der Sozialdemokratie beharren, die jetzt Regierungspartei ist und gezeigt hat, daß sie nicht der Popanz ist, als den man sie hinstellt, um politische Kindschöpfe-graulen zu machen. Nichts gelernt und nichts vergessen!

Als kompetente Persönlichkeit wird Koll. Hülser vom christlichen Verbände vorgeschoben mit seiner Behauptung, daß ein Einheitsverband, wie wir ihn im ureigensten Interesse anstrebten, nie zustande kommen wird, weil wir vom Verband der Privatgärtner (V. D. P.) mit dem Verband der Gärtner, bez. mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft als der größten und stärksten Organisation uns logischerweise verbinden wollen und nicht mit dem weniger starken christlich-sozialen Verband, bez. Gewerk-

schaft, welche letztere für im Rheinland einige Bedeutung besitzt. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß ihr Herr F. Behrens, ein auch von uns verehrter Kollege, als oberste Instanz mit angehört.

Doch halten wir dafür, daß Koll. Hülser tiefer blickt, dabei aber die materiellen Einflüsse, welche die zwei gewerkschaftlichen Richtungen in ihren Wirkungen beeinflussen sollen, überschätzt.

Ein Austritt des Verbandes der Gärtner aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften würde dessen Ohnmacht bedeuten, das weiß nicht nur Koll. Hülser, während eben dessen Zugehörigkeit zu diesen größten aller Gewerkschaften seine Macht bedeutet. Um dieser Macht willen — die auch uns Privatgärtner vor unserer einzigen wirklichen Gegenpartei, vor dem Geldsack, der international ist, wie man jetzt täglich sieht, einigermaßen schützen kann, weil sie letztes Endes ebenfalls international ist — müssen wir arbeitnehmende Privatgärtner aufs energischste zum Einheitsverband hinarbeiten, wollen wir wirklich unsere ärmliche, trostlose materielle Lage verbessern und etwas für die Lebenden erreichen. Mit einer noch so gut funktionierenden Sterbekasse ist der heutigen lebenden Generation nicht gedient, wir wollen und müssen ganz andere Leistungen sehen, als wie die unser guter V. D. P. leisten kann, sonst ist es noch um die 1 Mk. monatlich schade, die wir zahlen.

Und Hand auf's Herz, Kollegen, was hat uns der Papierwust von Köln genützt bei unseren Tarifforderungen? Wo ist einer in oder um Leipzig, dem sie bewilligt wurden? ?? Wenn es annähernd der Fall ist, doch nur dort, wo des Kollegen Chef noch anderes und zwar sozialdemokratisch organisiertes Personal hat, welches solidarisch dafür eintrat, daß auch der Gärtner einen einigermaßen menschenwürdigen und zeitgemäßen Lohn erhielt. Dort ging es, Gehälter bis 250 Mk. monatlich für den Gärtner auszugeben, keineswegs aber dort, wo man den V. D. P. als unbedeutenden „Verein“ mit einer Handbewegung abtun konnte, wohl eben eine starke Gewerkschaft ihm bis jetzt noch nicht das Rückgrat bot. Das märchenhafte, sogenannte „schöne“ patriarchalische Verhältnis der Herrschaft zum Gärtner im Dienstbotenrange ist allenthalben verschwunden, weil die „Herrschaft“ natürlich ihre Zeit eher begriff, als unser Leitartikler im Privatgärtner. Nr. 13, und sie kann ihm angeblich nicht mehr wie 100 Mk. monatlich geben = 1200 Mk. im Jahr, jetzt, wo ein neuer Anzug allein 800 Mk. kostet. Begreift Ihr Euer Niggersehicksal noch nicht, Kollegen? ??

Die sozialdemokratische Gewerkschaft ist eine Macht, der sich selbst der despotischste Herr und die nervöseste Gnädige beugt, die sonst für Euch und den V.D.P.-Tarif höchstens ein höhnisches Wort habes. Und darum sind unsere Kollegen, die von dieser Gewerkschaft gestützt werden, alle besser bezahlt, als wir alte, treue, national-zuverlässige Garde.

So änderten sich die Zeiten! Der ungenannte Leitartikler aus Nr. 13 hat davon nichts gemerkt, weil er offenbar nicht einer der unsern ist und nicht weiß, wo uns weißen Sklaven der Schuh drückt. Er steht offenbar, besser dotiert, über unserm Niveau und ist ein satter Mann.

Wir können uns deshalb nicht in das Land seiner „Utopien“ führen lassen, sonst sind wir nur sehnsuchtsvolle Hungerleider — also Dumme!

Wir müssen aber, um unserer Familie willen, uns zur Intelligenz zwingen, weh tut das nicht! Müssen selbständig denken lernen, sonst verführt uns ein — leitartikelnder Utopist auf's tote Geleis!

Wir wollen zu seiner Ehre annehmen, daß es nur ein Utopist ist und nicht ein weit weniger harmloser Mensch. Die politischen Spaltungen dürfen uns nicht interessieren, denn wo die ideale Ursache von zwei oder drei Weltanschauungen anfängt und die Wirkung des rollenden Rubels oder Talers aufhört, wird die breite Masse niemals erfahren. Wir können uns nur an die gegebenen Tatsachen halten. Wir haben uns zu fragen, wo ist die größere und stärkere Macht und müssen entscheiden,

ob christlicher- oder sozialdemokratischerseits, und da ist die Wahl nicht schwer! Das ist die harte Tatsache! Im Leitartikel von Nr. 13 aber leitet eine Utopie, eine nationale Chimäre, die mit Nationalbewußtsein in Wirklichkeit nichts zu tun hat, es sei denn, daß die Arbeitgeber mit dieser nationalen Frage ihren Profit darin suchen, daß wir deutsch gesinnten Gärtner eben billiger arbeiten sollen.

Darum ist folgender Satz eine nichtswürdige Einflutung deutschführender Herzen: „Deshalb sollte man es doch jedem Verbands überlassen, sich in seiner besonderen Eigenart zu geben.“

Ein Verband ist in der Welt soviel, wie der einzelne Mensch in einer Gesellschaft. Wenn sich ein solcher wollte geben, wie es seine Eigenart verlangt, wäre keine gesellschaftliche Umgangsform, sondern das — Faustrecht vorhanden, das Recht des Stärkeren, wie in einer Viehherde, und auf Umgangsformen legt doch gerade der namenlose Artikelschreiber viel Wert. An dieser Blöße schon erkennt man die ganze Hohlheit dieser vorkriegszeitlichen Wahlagitationsrede des Leitartiklers von Nr. 13, wo Popanz Sozialdemokratie gruseln machen soll!

Jetzt, wo uns im Schützengraben, von Oben ungewollt, doch sicher Aufklärung ward, ist's jedoch damit aus, Kameraden.

Die geschlossene Front der vielen Verbändchen, welche man dem Arbeitbertum gegenüberstellen „könnte“, wäre ein Experiment von weiteren 30 nutzlosen Jahren, von dem wir schon jetzt wissen, daß es ein Experiment bleiben muß.

Lassen wir uns nicht durch einen, auf diese Weise schlüpfri gemachten Weg aufhalten, hier hilft nur derbes, energisches Auftreten! Sonst rutschen wir rückwärts, und das bedeutet materiellen und wirtschaftlichen Tod für uns. Dazu ist eine Sterbekasse wohl nötig; wir aber wollen leben und brauchen eine gewerkschaftliche Stütze, mittels der wir uns das Leben lebenswert gestalten können. Das ist in einhelliger Stimmung die Ansicht der Ortsgruppen Groß-Leipzig und Gaschwitz-Leipzig, die leider nicht im „Privatgärtner“ zum Ausdruck gebracht wird. Deshalb wenden wir uns an den Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter, der diese, unsere Überzeugung durch sein Organ unsern andern Kollegen übermitteln soll.

Im Namen vorgenannter Ortsgruppen.

Gruppe Groß-Leipzig.

gez.: Otto Dannenberg, Hubert Hütten.

Ortsgruppe Gaschwitz.

gez.: Arthur Reismüller.

Dem Ersuchen der Kollegen der beiden Ortsgruppen des Verbandes Deutscher Privatgärtner entsprechen wir im besonderen deshalb, weil es den Mitgliedern dieses Verbandes, die anderer Meinung sind, als sie von ihrem Kölner Hauptvorstande gewünscht wird, verwehrt wird, diese ihre Meinung in ihrem eigenen Organ, ihrer eigenen Verbandszeitung zum Vortrag zu bringen. Das ist eben das so überaus Bezeichnende an dem Geist, den der Hauptvorstand des V. D. P. beherrscht und der dauernd in derselben Richtung von Köln her den Privatgärtnerverband durchweht, daß er mit allen Mitteln vor- und nachrevolutionärer Demagogie sich zu erhalten und zu verbreiten sucht. Die irgendwie anders gerichtete Meinung wird unterdrückt, ihre Vertreter läßt man in ihrer eigenen Zeitung nicht einmal zu Worte kommen. Unter allen Umständen wird versucht, eine Geschlossenheit der eigenen Mitgliedschaft vorzutäuschen, die nicht vorhanden ist, den Eindruck zu erwecken, als herrsche im V. D. P. nur eine einhellige Meinung. Und es wird so darzustellen versucht, als werde der Zankapfel nur von außen, vom bösen „politischen“ Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter hineingeworfen. Deshalb wird mit Fleiß alles ferngehalten, was nur irgendwie den Eindruck erwecken könnte, daß eine andere Auffassung über die Aufgaben einer Arbeitnehmer-Organisation bereits in den eigenen Mitgliederkreisen und zwar in nicht kleinem Maße Platz gegriffen hat und im schnellen und starken Wachsen begriffen ist.

Dieselbe Taktik erfordert es, daß man andererseits alles nur erreichbare Material zusammenträgt, und den Mitgliedern in der

Zeitung vorsetzt, das eine Spaltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften möglich erscheinen läßt. Weil in diesen bewegten Zeiten in einigen örtlichen Gewerkschafts-Organisationen politische Unduldsamkeit vorübergehend sich bemerkbar gemacht hat, wird eine Spaltungsgefahr für die gesamte sozialistische Gewerkschaftsbewegung konstruiert. Alle die Bestrebungen, die die von allen ehrlichen Gewerkschaftlern für notwendig erachtete Einigung zum Ziele haben, wie sie erst kürzlich auf dem 10. Gewerkschafts-Kongress in die Erscheinung getreten sind, werden natürlich nicht verzeichnet. Während es also unser Grundsatz ist, das Trennende zurück und das Einigende voran zu stellen, wird seitens des Vorstandes des V. D. P. nur das Trennende mit allen Mitteln in den Vordergrund geschoben.

Dazu gehört auch, daß man immer von dem „blinden Angriffen auf unsern Verband“ berichtet, ohne sie wörtlich wiederzugeben. Dann würde es sich nämlich sofort herausstellen, daß es uns noch niemals eingefallen ist, den Verband, also die Kollegenschaft im V. D. P., anzugreifen, sondern daß unsere Angriffe sich stets nur gegen den Vorstand richteten, was wir in durchaus offener Form schon in den Überschriften der betreffenden Notizen zum Ausdruck brachten.

Während der Vorstand des V. D. P. unsern förmlichen Antrag, in Verhandlungen über die Frage eines Zusammenschlusses zu treten, den Mitgliedern einfach unterschlägt, knüpft er plötzlich, ohne es den Mitgliedern zu unterbreiten, Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften, zu dem diesen angegliederten „Reichsverband Deutscher Angestellten“ an. Die Plötzlichkeit, mit der dies geschieht, und die Innigkeit der Beziehungen, sind Beweise, daß diese nicht erst gesucht worden sind, sondern schon längst bestanden haben.

Während weiter auf unsere Darlegungen zur Frage des Einheitsverbandes in der Zeitung mit keiner Silbe eingegangen wird, sie auch nicht selbst in einem noch so kurzem Auszuge zur Kenntnis der Mitglieder gebracht werden, werden ohne jeden Anlaß die Mitglieder mit jenem christlichen Angestelltenverband auf die Weise bekannt gemacht, daß ein Werbeartikel im Original und ungekürzt zum Abdruck gebracht wird. Auch in einem andern oben schon angedeuteten Artikel über „Spaltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften“, die dem Organ des christlichen Gärtner-Verbandes entnommen ist, wird der die „Duldsamkeit“ im christlichen Lager betonende Schlusssatz ungekürzt wiedergegeben.

Auf diese Weise wird eine so krasse einseitig beeinflussende Politik durch den Vorstand betrieben, daß man es verstehen kann, wenn jetzt die Empörung der anders denkenden Mitglieder sich dadurch Luft macht, daß sie in einem andern Organ zu Worte zu kommen suchen. Sie müßten in der Tat Kindsköpfe sein, wenn sie diese so brutal wirkende Bevormundung und Unterdrückung jeglicher anderer Meinung sich länger gefallen ließen.

Den Gipfel der demagogischen Niedertracht erklimmt die Verbandsleitung jedoch in einem „Zersplitterung?“ überschriebenen Artikel in der Nr. 14 des „Privatgärtner“. Hier werden wir vom Verbandsrat der Gärtner und Gärtnerarbeiter und hoffentlich auch recht viele der Kollegen vom V. D. P. dahin belehrt:

„Um den Schreiber des Artikels in Nr. 23 vom 14. Juni der A. D. Gärtnerzeitung kurz darüber aufzuklären, was nach unseren Satzungen möglich und erlaubt ist, geben wir ihm und allen anderen, die sich hierfür interessieren (!) einige Winke:

Möglich ist es, unseren V. D. P. gewerkschaftlich auszubauen und zu organisieren, wenn der Abs. 3 § 2 unserer Satzungen, der da heißt: „Parteilpolitische und religiöse Bestrebungen sind dem Verbandsrat fremd und dürfen auf den Generalversammlungen und in den einzelnen Gruppen nicht erörtert werden, noch darf sich der Verband einer politischen Organisation anschließen“, unangetastet bleibt. Ein gleiches sagt z. B. der Reichsverband Deutscher Angestellten (christlicher Verband d. Red. d. A. D. G. Z.) im Abs. 2, Ziffer 8, § 3 seiner Satzungen: „Parteilpolitische und konfessionelle Bestrebungen sind ausgeschlossen“.

Für jeden Gewerkschaftler und jeden Kenner der Dinge ist es außerordentlich reizvoll, zu sehen, wie hier krampfhaft versucht wird, ausgerechnet eine christliche Organisation, die als solche der Zentrums-Partei so innig nahe steht, als eine parteipolitisch und konfessionell neutral hinzustellen. Doch es geht noch „höher“:

„Unmöglich ist es, den V. D. P. dem sozialdemokratischen Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter anzuschließen, unmöglich schon deshalb, weil nach § 29, Abs. 4 unserer Satzungen eine Änderung der obengenannten Bestimmung des Abs. 2, § 2 nur durch eine Urabstimmung erfolgen kann, an der sich wenigstens neun Zehntel sämtlicher Verbandsmitglieder beteiligen müssen und von allen diesen abzugebenden Stimmen müssen drei Viertel, das bedeutet bei unserem heutigen Mitgliederstande über 3300 Stimmen, für diese Abänderung sein, wenn sie Rechtsgültigkeit haben soll.“

So versucht der Vorstand der V. D. P. die Opposition in seinen Reihen mit den Paragraphen totzuschlagen, die eben derselbe rückschrittliche Vorstand unter Ausschaltung jeglicher Demokratie s. Z. zurecht gedreht hat.

Jetzt erst dürften die Mitglieder der V. D. P. erkennen, in welche jeder Demokratie spottenden, sich selbst fesselnde Gesellschaft sie sich begeben haben. Und eine solche Gesellschaft (denn Vereinigung oder Verband ist in dem Fall eine völlig irreführende Bezeichnung), die derartige Fesselungskunststücke ausgeknobelt hat, wagt jetzt ihren Mitgliedern einzureden und vorzugaukeln, daß sie eine Gewerkschaft wären oder werden könnten! Daß die gekennzeichnete Gesellschaft auch anders kann, daß sie sich weder durch Paragraphen noch durch moralische Bedenken oder demokratische Rücksichten gebunden fühlt, wenn sie nicht will, beweist die durch den Vorsitzenden, Herrn Jung, schriftlich vorgenommene Abstimmung unter den Hauptvorstandsmitgliedern über den korporativen Anschluß an den christlichen Angestellten-Verband, die wir in Nr. 23 unserer Zeitung kritisiert haben, womit wir uns die besagten „Angriffe auf den Verband“ haben zuschulden kommen lassen.

Noch einige „Möglichkeiten“ und „Unmöglichkeiten“ werden dann in dem wertvollen Dokument betrügerischer Niedertracht noch gegenüber gestellt, die jedoch nur lächerlich wirken, denen wir die Ehre ihrer Erwähnung nicht erst anzutun brauchen. Wir möchten nur feststellen: Wenn es trotz dieser möglich gewesen unmöglichen Satzungsbestimmungen möglich ist, daß der V. D. P. sich der christlichen Angestellten-Gewerkschaft anschließen kann, die als eben ein christlicher Verband konfessionell gerichtet ist und weiter infolge der Zugehörigkeit zum Gesamtverbande christlicher Gewerkschaften mindestens politisch ebenso stark, allerdings in entgegengesetzter Richtung beeinflusst ist und wird als es unserm Verbandsrat zum Vorwurf gemacht wird, dann ist auch ein Anschluß an unsern Verband möglich. Dazu gehört nur der gute Wille ehrlicher, vorwärts strebender Männer, die allerdings unmöglich Leuten zugemutet werden kann, dergleichen Praktiken möglich gewesen sind.

Mit aller Deutlichkeit tritt nunmehr trotz der Bemäntelung der Tatsachen, der Knebelung aller vorwärtsdrängenden Elemente im V. D. P. in die Erscheinung, daß die Krise in diesem Verbandsrat ihrem Höhepunkt zufließt, die Gegensätze sich zuspitzen und alles zur Entscheidung drängt.

A. L.

Der V. D. P. und seine „verbindlichen“ Tarifverträge.

Mit einigem Erstaunen werden wohl die Mitglieder des V. D. P. die folgende Notiz in ihrem „Privatgärtner“ gelesen haben: „Wichtiger, als die ganze Frage des Einheitsverbandes ist uns die Frage, wie wir für unsere eigenen Verbandsmitglieder in der besten Weise erfolgreich gewerkschaftlich uns betätigen können. Wer sich über die Verschiedenartigkeit der Interessen der Privatgärtner einerseits und diejenigen der Gehilfen und Gartenarbeiter andererseits hinwegtäuscht, verkennt nicht aus der Welt zu schaffende Tatsachen. Worin diese weitgehenden Sonderinteressen bestehen, hat Kollege Prinz in seinem Artikel

„Unser Weg in die Zukunft“ in der Nr. 12 unserer Verbandszeitung eingehend dargelegt, wir werden auch bei anderer Gelegenheit hierauf zurückkommen. Daß diese Besonderheiten bestehen, beweist schon allein die feststehende Tatsache, daß, abgesehen von einigen Ausnahmen, nirgendwo, auch nicht in anderen Verbänden, Tarifabschlüsse getätigt worden sind, die eine feste Form der Entlohnung für die Privatgärtner und Obergärtner bindend vorschreiben. Nur wo wir selbst die Initiative ergriffen haben, sind verbindliche Verträge abgeschlossen worden.“

So, das ist ja äußerst interessant. Zwei Tatsachen von großer Bedeutung. 1. der V. D. P. hat selbst eine Initiative ergriffen und 2. nur er hat es fertig gebracht, verbindliche Verträge abzuschließen. Das erschien uns so wichtig, daß wir sofort festzustellen versuchten, wie und wo das geschehen ist. Und wir meinten, da ein oder gar mehrere solche Geschehnisse von dieser Bedeutung wert wären, als besondere Erfolge auch der ganzen Kollegenschaft bekannt gegeben zu werden, zu allgemeinem Nutzen und Frommen, diese „verbindlichen“ Verträge sicher im „Privatgärtner“ an besonderer Stelle zu finden. Doch — wie ward uns da, wir durchsuchten jede Nummer dieses Jahres aber fanden — nichts. Wohl fanden wir auch einige Tarifverträge abgedruckt, doch diese haben alle erstmal den Mangel, daß sie auch mit unterzeichnet von den anderen Arbeitnehmer-Verbänden, also keine Dokumente von Selbstinitiative sind. Und dann haben sie den zweiten fast noch größeren Mangel, daß sie leider keine verbindlichen Verträge sind. Denn sie sind sämtlich leider nicht abgeschlossen mit den eigentlichen Arbeitgebern der Privatgärtnerei, sondern wie alle anderen Tarife mit den Arbeitgeberorganisationen der gewerblichen Gärtnerei. Sie unterscheiden sich also in der Frage der „Verbindlichkeit“ durchaus gänzlich von all den anderen Tarifen, in denen Bestimmungen für die Arbeits- und Lohnverhältnisse festgelegt sind.

Wirklich verbindliche Verträge auch für die Privatgärtnerei abzuschließen, hat bisher nur unser Verband vermocht, so für die Privatgärtnerei Krupp, Essen, in Berlin für die Privatgärtnerei Siemens und Borsig, für den Villenvorort Wannsee bei Berlin. Wenn besonders im letzten nur die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gehilfen, Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Regelung gefunden haben, so ist das nur darauf zurück zu führen, daß es an der nötigen „Initiative“ der dortigen im V. D. P. organisierten Privat- und Obergärtner damals z. Z. des Abschlusses leider noch recht sehr fehlte. Im übrigen über „Initiative“ mit dem Vorstand des V. D. P. zu streiten, erscheint uns nicht der Mühe wert. Verraten wollen wir bei dieser Gelegenheit nur, daß wir schon in nächster Zeit mit weiteren Erfolgen gerade in der Privatgärtnerei dürften aufwarten können. Die so wortreich, doch ohne tatsächliche Unterlagen behauptete, in der besten Weise erfolgreich betätigte Gewerkschaftsarbeit“ erweist sich als nichts anderes als Wortgeklingel, phrasenreiche Vorspiegelung falscher Tatsachen.

Aus dem Gau Rheinland-Westfalen.

Wenn wir am Ausgange des Krieges in unserm Gau noch 50 und einige Mitglieder zählten und davon noch eine Reihe Papiergegeldeten waren, und heute nach 6 Monaten Werbearbeit 2200 Mann mustern, so ist das nicht nur ein Beweis für die Werbekraft unserer Ideen, sondern auch insofern bemerkenswert, als wir es hier im Westen mit der Hauptdomäne des „christlichen“ Gärtnerverbandes zu tun haben und auch der Privatgärtnerverband hier seine besten und sichersten Stützen hat. Aber trotz alledem. Im besetzten wie unbesetzten Gebiet klappert unsere Verbandsache.

Die Paßschwierigkeiten linksrheinisch zwangen uns zur Schaffung der Kölner Geschäftsstelle, die heute über 600 Mitglieder verwaltet, wovon auf den Niederrhein, Krefeld und Geldern über 200 und Koblenz und Umgebung über 100 entfallen. Rechtsrheinisch schließt das Essener Verwaltungsgebiet den Vogel mit über 400 Mitgliedern ab, wozu auch die Zahlstellen Mülheim, Gelsenkirchen, Herne, Wanne und Recklinghausen gehören. Werden-Hügel zählt allein 140 Mann. Duisburg mit Hamborn 120, Buer 40, Dortmund 75, das Bergische Land 250, Düsseldorf, trotz einiger Sonderlinge, die ihr Heil in einem Lokverband suchen, 350, und im Sauer- und Siegerland herrscht überall Leben und Vorwärtstreiben. 3000 Mitglieder muß für dieses Jahr unser Ziel sein.

Lohn- und Arbeitszeit sind im Gau fast überall in tarifliche Bahnen geleitet, wenn die Lohnhöhe auch nicht immer unsern Wünschen entspricht. Die Einzelheiten sind durch die Zeitung bekannt. Für die Kollegen der städtischen Betriebe ist eine Regelung durch den Rheinisch-westfälischen Städtetarif getroffen, mit einigen größeren Werken sind gleichfalls Vereinbarungen getroffen und nur die Zechengärtner führen einen ständigen Krieg um die achtstündige Arbeitszeit und die Anerkennung als Handwerker. Die Reichsbehörden haben in diesen Fragen bisher vollständig versagt und der Kleinkrieg ist sehr mühevoll und langwierig.

Auch die Unternehmer alten Stils fühlen sich wieder als die Herren der Lage, auch einige Stadtverwaltungen resp. ihre Oberhäupter haben den alten Ton wieder gefunden. Hier hilft nur das feste Zusammenhalten und die Ausdauer der Berufsgenossen. Es gibt leider eine Anzahl unter uns, die immer noch glauben, wenn sie den Aufnahmeschein ausfüllen und einige Wochen Beiträge leisteten, dann müßte das Ziel ihrer Wünsche erreicht sein. Aber Mitarbeit gleich Null, keine Ahnung von den Widerständen, die zu überwinden sind und immer ihre eigene Sache als die wichtigste betrachtend, muß der ganze Verbandsapparat bei jedem Quark für sie in Aktion treten. Nur nicht auch selbst mal etwas unternehmen und riskieren. Auch das muß ganz entschieden anders werden. Mehr vertiefen in die Sache, die wir zu vertreten haben, bei geringeren Anlässen mehr selbständig handeln.

„Der Feind steht rechts“, das wollen wir uns immer wieder einprägen, mit den Wirtsköpfen von links à la Wadler und Genossen werden wir schon leicht fertig werden. Unser Ziel, die Beseitigung des Kapitalismus, muß uns zusammenschweißen zum Kampfe für die kommenden schweren Zeiten. Wir brauchen mehr tätigen Anteil am Verbandsleben von seiten der Massen. „Der Verband sind wir“, das schreiben wir alle uns hinter die Ohren und handeln darnach. Nur so werden wir die Hemmnisse überwinden, die sich allenthalben uns entgegenstemmen.
Link.

Deputat und Lohnsklave.

Der Krieg und die wirtschaftliche Umwälzung in unserem Vaterlande hat auch die Lage der arbeitnehmenden Gärtner und Gartenarbeiter im Großen und Ganzen in bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gedrängt. Auch unsere berufliche Organisation hat ihr mögliches dazu beigetragen. Trotzdem rufen Privat- und Gutsgärtner in vielen Gauen Deutschlands noch nach Besserstellung ihrer Lage und dies nicht mit Unrecht.

Der Sonderbund der Privatgärtner hat es bis jetzt noch nicht zustande gebracht, für die Besserstellung seiner Mitglieder nennenswertes zu erreichen; ja, mancher Gauvorstand des V. D. P. hat es nicht einmal der Mühe wert gefunden, die geforderten Lohnvorschläge (d. i. Gehalt mit oder ohne Deputat, Wohnung, sonstigen außerberuflichen Tätigkeiten, Urlaubsbewilligungen usw.) in den betr. Versammlungen zu erörtern, geschweige denn der Hauptverwaltung zur Kenntnisnahme zu bringen, es wird hier mit einer großen Interesslosigkeit gearbeitet.

Zur Erörterung obiger Überschrift diene folgendes zur Aufklärung. Schreiber dieser Zeilen glaubte durch Annahme einer leitenden Gutsgärtnerstelle seine Lebenshaltung zu verbessern. Die Zugeständnisse waren ja annehmbar; täglich ein Liter Milch, Kartoffeln, Gemüse, 15 bis 30 Zentner Kohlen, 100 Wollen nebst freier Wohnung und 150 Mk. den Monat, Rückvergütung der Umzugskosten im halben Lohre nach einem Jahr. Ich gab meine Stellung im schönen D . . . dort am Rhein auf und dampfte wohlgenut, der Lebensmittelmiserie zu entkommen, nach dem schönen Frankenlande. Doch, welche Enttäuschung betr. Wohnung! Der mir zugewiesene Wohnraum war ein großes Gastzimmer eines Bierlokals im Ausmaße von 45 qm, so daß ich aus diesem Raum Wohnzimmer, Schlafzimmer, Salon, Küche, Bad, Keller evtl. Stallung und noch so manches, was die Phantasie eines simplen anspruchslosen Gutsgärtners hervorzuzaubern imstande wäre, errichten konnte. Licht hatte ich nur bei Tage frei, Gaslampen waren wohl fünf Stück vorhanden, doch bei deren Benutzung konnte ich jederzeit gewärtig sein, daß es finstern würde, weil ich den Gasmesser meiner Nachbarin unbewußter Weise mitbenutzte und mir das Gas oft vor der Nase abgedreht wurde. Auf meine Vorstellungen bei der Gutsinspektion, behufs Wohnung und Licht, erhielt ich immer ausweichende Redensarten. Daß bei der knappen Zuweisung von Kohlen ein derartig großes Lokal im Winter nicht warm zu heizen war, ist leicht denkbar, der Brennstoff, den ich außer der städtischen Zuweisung vom Gute erhielt war unzureichend. Holz habe ich nach $\frac{1}{2}$ Jahren auch noch keines bekommen. Als ich einmal energisch dagegen protestierte, nachdem ich jeden Monat 2 bis 3 Zentner Holz kaufen mußte, wurde mir wenigstens das Holz vergütet. Da auch hierorts die Lebensmittelpreise in die Höhe gehen und man mit 150 Mark Gehalt sich weder Wäsche noch Kleider für sich und seine Frau beschaffen kann, so kam ich um Gehaltserhöhung ein, als Antwort erhielt ich einfach: „Sie haben Deputat, und mit diesem befaßt sich Ihr Gehalt auf 3000 Mk. pro Jahr.“ Mit dieser Aufstellung bin ich natürlich nicht einverstanden. Denn wenn man diese Bezüge zu Kriegswucherpreisen berechnet, dann kann es wohl sein.

Es geht mir hierorts nicht allein so, sondern das verheiratete Personal, das bei freier Wohnung und Deputat angestellt ist, erhält einen Barohn von 1200 Mk. das Jahr. Mein Gehilfe, den ich im Betriebe beschäftige, erhält besten Kost und Wohnung 18 Mk. die Woche.

Viele meiner Leidensgenossen wird es geben, die auf Grund der teuren Lebenshaltung um Lohnserhöhungen anklopfen, um

dann mit dem Wort „Deputat“ abgepeist zu werden. Zudem erhalten viele, welche Naturabzüge haben, oft recht Minderwertiges zugeteilt. Gewiß verschmäht man das Deputat bei jetzigen Zeiten nicht, und mancher Kollege in den Großstädten beneidet seine Kollegen auf dem Lande über diese Bezüge und würde um geringeren Barlohn arbeiten. Doch jedes Ding hat seine Sonnen- und Schattenseite.

Darum einige Worte an Gutsgärtner und solche, die es werden wollen. Trachtet soviel als möglich, dem Deputatswesen resp. -Unwesen zu steuern; verlangt bei Stellenannahme den freien Einkauf nach Euerm Bedarf an Naturalien. Nur dadurch sichert ihr Euch eines besseren Barlohnes und stempelt Euch nicht zu Lohnsklaven. Je größer die Güter, desto höher wird Euch das Deputat berechnet, und der Gärtner steht auf der gleichen Gehaltsstufe wie ein verheirateter Pferdeknocht oder Aufseher.

Es sei mir ferne, mit diesen Worten den längst verpönten Standesdünkel zu wecken, sondern ich glaube, verlangt ein Besitzer von seinem Gärtner die rationelle Bewirtschaftung von 12 bis 15 Morgen Gemüse, die vorher stets immer für landwirtschaftliche Erzeugnisse gebraucht wurden, so hat ganz sicher der Gärtner auch das Recht zu verlangen, in eine bessere Lohnstufe gestellt zu werden.

Als Anhänger eines Einheitsverbandes wünsche ich von Herzen, daß die Sonderbündelei ein baldiges Ende finden möge und der Privatgärtnerverband, dessen Mitglied ich seit vier Jahren bin, endlich Mittel und Wege findet, sich dem Verband der Gärtner und Gartenarbeiter ohne Ausnahme voll und ganz anzuschließen. Nur durch eine Gesamtorganisation können wir für den Privat- und Gutsgärtner bessere Verhältnisse erzielen. Uns trennen nicht, wie früher, angebliche politische Gesinnungen, es trennt uns bloß der Wille und der manchem noch anhaftende Standesdünkel.

Zudem weise ich auf den Artikel auf Seite 99, Nr. 11 des „Privatgärtner“ hin, in dem die Hauptverwaltung Köln schreibt: „Um allorts wirksame Tarifverträge zum Abschluß zu bringen, ist es erforderlich, daß die Vorstände unserer Ortsgruppen, oder aus diesen hierzu besonders gewählte Ausschüsse sich mit den Ortsvereinen anderer Berufs-Arbeitnehmerorganisationen, ferner mit mindestens einem Facharbeitgeberverband ins Benehmen setzen und im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen.“ W. Sch., W.

Tarif-Vereinbarungen

Hann.-Münden. Arbeitszeit achtstündig, mit Ausnahme der Erwerbsbetriebe der Blumen-, Baumschul-, Gemüse- und Obstgärtnerei. In denen während vier Monate eine Überschreitung bis zu 9 und während vier weiteren Monaten eine solche bis zu 10 Stunden zulässig ist. Arbeitslohn pro Stunde: Gärtner bis 18 Jahre 0,90 Mk., 18—21 Jahre 1,10 Mk., 21—25 Jahre 1,20 Mk., ältere, verheiratete und solche in leitender Stellung 1,40 Mk. Arbeiter, jugendliche 16—21 Jahre 1,— Mk., ältere und verheiratete 1,20 Mk., Arbeiterinnen, jugendliche 14—17 Jahre 0,35—0,50 Mk., ältere und Frauen 0,60 Mk. Überstunden 25% Aufschlag. In Baumschul- und Gemüsebetrieben 10% Lohnaufschlag für alle ständig Beschäftigte. Geltung des Vertrages ab 1. April mit monatlicher Kündigung.

Hohen-Lychna — Kreis Templin (Uckermark). Vertragsschließende: Verwaltung der Heilanstalten und Berufsschulen vom Roten Kreuz einerseits und 1. Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, 2. Metallarbeiter-Verband, 3. Verband der Gärtner- und Gärtnerarbeiter andererseits. Soweit die Gartenbauabteilung (ländl. Kolonie in Betracht kommt, besagt die Vereinbarung über Arbeitszeit: 4 Wintermonate 8 Stunden, Oktober und März 9 Stunden, Sommermonate 9½ Stunde. Stundenlohn: für Gartenfrauen 0,70 Mk., für Arbeiter, jugendliche von 16—18 Jahren 0,95 Mk., darüber 1,20 Mk. Für Gehilfen bis 18. Jahre 1,— Mk., von 18—20 Jahre 1,10 Mk., von 20—23 Jahre 1,20 Mk., über 23 Jahre 1,40 Mk., für Obergehilfen 1,50 Mk., Schwerekriegsbeschädigte 1,20 Mk. Überstunden bis 9 Uhr abends 33⅓ %, nach 9 Uhr abends bis 6 Uhr früh 66⅔ % Aufschlag. Bei Erwerbslosigkeit infolge Unfall oder Erkrankung wird nach dreimonatlicher Dienstzeit der Lohn, unter Abzug der reichsgesetzlichen Leistungen weiterbezahlt und zwar bis zu einem Jahre für die Dauer von 6 Wochen, von mehr als einem Jahr bis zu drei Jahren für die Dauer von 12 Wochen und über drei Jahre 26 Wochen. Für Wohnung wird in Abzug gebracht: Familienwohnung einschl. Heizung und Beleuchtung 1 Zimmer und Küche und Zubehör monatlich 25,— Mk., für jedes weitere Zimmer 5 Mk. mehr, Ledigenwohnung einschl. Heizung und Beleuchtung: für 1—2 Personen 15,— Mk., für 3—4 Personen 10,— Mk., für mehr als 4 Personen 7,50 Mk., für Wäsche monatlich 3,— Mk. und für Beköstigung: Kosten des Einheitsstisches 75,— Mk. monatlich. Urlaub: nach 1 Jahr 8 Werkstage, nach 2 Jahren 14 Tage, nach 5 Jahren 21 Werkstage, für jedes weitere Jahr absteigend um 1 Tag

bis 28 Werkstage. Bezug der Arbeitskräfte durch Vermittlung der gewerkschaftlichen Organisationen.

Dauer des Vertrages bis 1. April 1920.

Koblenz a. Rh. Vertragsschließende: Die örtlich zuständigen Gruppen des Verb. d. Gartenbaubetriebe einerseits und unseres Verbandes andererseits. Geltungsbereich: Stadt- und Landkreis Koblenz, die Kreise Mayen, Neuwied, St. Goar und Niederlahnstein. — Ausnahme von der achtstündigen Arbeitszeit in Baum- und Rosenschulen sowie in reinen Gemüsegärtnereien vom 1. März bis 31. Oktober 10 Stunden, in Handelsgärtnereien vom 1. April bis 31. August 10 Stunden, April, September, Oktober 9 Stunden. — Arbeitslohn die Stunde:

	Landschaft	Handelsgärtnerei
1. Gehilfenjahr	80—90 Pfg.	70—80 Pfg.
2. Gehilfenjahr	90—110 Pfg.	90—100 Pfg.
3. und 4. Gehilfenjahr	110—130 Pfg.	100—120 Pfg.
über 21 Jahre	150—160 Pfg.	140—150 Pfg.

Verheiratete 10 Pfg. mehr sowohl in Landschaft wie auch Handelsgärtnerei.
Gartenarbeiter von 14—17 Jahren die Std. 40—70 Pfg.
Gartenarbeiter von 17—21 Jahren die Std. 70—100 Pfg.
Gartenarbeiter über 21 Jahre die Std. 100—120 Pfg.
Verheiratete 10 Pfg. mehr;
wenn drei Jahre im Beruf tätig 10 Pfg. weniger, als die Gehilfenlohnsätze.

Für Obergärtner und Privatgärtner ist eine andere Zahlungsform zulässig. Der Mindestlohn soll betragen bei Gewährung von Wohnung, Licht, Brand usw. 250 Mk., ohne alles 320—350 Mk. — Überstunden sind mit 25% Aufschlag zu bezahlen, nichtnaturnotwendige Sonntagsarbeit mit 50%. — Für Lehrlinge gilt dieselbe Arbeitszeit. Jeder getätigte Lehrvertrag ist dem Schlichtungsausschuß vorzulegen.

Privatgärtnerei

Hannover. (Wie ein Kriegsgewinnler seinen Gärtner behandelt.) Herr Fabrikbesitzer Stiegelmeier in Wülfel bei Hannover, der sich im Laufe des Krieges durch Heereslieferungen gesund gemacht hat, stellte im März d. Js. für seinen drei Morgen großen Privatgarten einen Gärtner unter folgenden Bedingungen ein: Gehalt monatlich 120 Mk., freie Wohnung, Gemüse und Kartoffeln. Falls die Frau beschäftigt werden soll, bekommt sie einen Stundenlohn von 25 Pfg.

Trotz des Vertrages soll sich der Gärtner Gemüse und Kartoffeln nach Feierabend verdienen. Als das abgelehnt wurde, hat der Mann bis jetzt mit seiner Familie keine einzige Kartoffel erhalten.

Als der Kollege einsah, daß unter diesen Bedingungen ein Auskommen unmöglich ist, trat er seiner Berufsorganisation bei. Diese unterbreitete Herrn Stiegelmeier den Tarifvertrag für Landschaft. Als Antwort darauf erfolgte die Kündigung durch einen Rechtsanwalt, damit der Kollege bis 1. Juli unter allen Umständen die Wohnung räumen soll. Wo der Mann mit seiner Familie danach bleibt, das rührt den Herrn Fabrikbesitzer in seiner großen Villa nicht. Während des Krieges, als auch der Gärtner dieses famosen Herrn draußen im Schützengraben sein Leben für das Vaterland einsetzte, damit Leute wie Herr Stiegelmeier Gewinn über Gewinn häufen konnten, hieß es immer: „Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß“. Jetzt, wo man eine kleine Lohnerhöhung verlangt, damit bei der herrschenden Teuerung das Notwendigste zum Leben beschafft werden kann, setzt man die Leute einfach auf die Straße.

So sieht der Dank des Vaterlandes in Wirklichkeit aus. Leider sind trotz Revolution die Gesetze noch so beschaffen, daß die Willkür der Kapitalisten als Recht anerkannt wird. Das Amtsgericht verurteilt nämlich den Gärtner zur Räumung der Wohnung und Zahlung der Gerichtskosten. Auch der Demobilisierungsausschuß kann gegen die Entlassung, die offensichtlich eine brutale Maßregelung ist, nichts machen.

Herr Stiegelmeier erklärt, er hätte schon längst geplant, seinen Gärtner zu entlassen, da er für sein Emailierwerk einen Meister brauche, der, von auswärts kommend, die Gärtnerwohnung beziehen soll. Die Gartenarbeit sollen die beiden Nachtwächter während ihrer Dienstzeit besorgen.

Traurig von Arbeitern, die auf diese Weise ihren Mitmenschen das Brot nehmen, und das Heer der Arbeitslosen so vermehren.

Traurig umso mehr, daß es organisierte Arbeiter sind und der Arbeitersaushuß sich für unfähig hält, dagegen einzuschreiten. Gewerkschaftlich organisiert zu sein, heißt nicht bloß seine Beiträge zahlen, sondern gegen jede Willkür und Unterdrückung Solidarität üben. Kein Wunder, daß durch solche Maßnahmen das Heer der Unzufriedenen anschwillt. Von allen Seiten wird den Arbeitern heutigen Tages zugerufen: nur Arbeit kann uns retten, darum müßt ihr arbeiten.

Solche Maßnahmen aber, wie Herr Stiegelmeier betreibt, tragen gewiß nicht zur Rettung des Vaterlandes bei, sondern führen zum Spartakismus. Darum nur so weiter, dann werden sich die Herren ihr eigenes Grab graben. A.

Meggen. (Etwas von Gärtnern, Lebensstellung und was so herrschaftlich damit zusammenhängt.) Ein Kollege schreibt uns: „Wie tausende meiner Berufskollegen bin auch ich vier Jahre im Feld gewesen habe Wunden und Ehrenzeichen erworben und nach Abschluß des Feldzuges mich wieder meinem Beruf zugewandt. Mein Bestreben war, wie das so vieler anderer Kollegen, eine selbständige Stelle zu erlangen, um meine bisherige Tätigkeit des Vernichtens in diejenige des Aufbaus abzuändern. Eine solche Stelle war auch bald gefunden bei Herrn Schmelzer in Meggen (Lenne) und mein Wunsch wieder aufzubauen, konnte dort in vervielfältigter Form zur Ausführung gelangen. Ist es doch ein Betrieb, der bei 7 Morgen Ausdehnung, mit Obst bepflanzt, und für Gemüse vorgesehen, seit Herbst 1910 auf eine Kraft wartete, die diese Einöde in ein gelobtes Land verwandeln sollte. Nachdem dies nun im Laufe des Frühjahrs auch soweit gediehen war und ich nun dazu übergehen wollte, durch Gründung eines Haushaltes meine eigenen Verhältnisse zu verbessern und zu diesem Zweck, das Verständnis der Herrschaft voraussetzend, wegen einer kleinen Aufbesserung meiner Bezüge vorgeschrieben hatte, wurden meine Forderungen nicht nur abgelehnt, sondern mein Gehalt so bemessen, daß ich gezwungen wurde, durch sofortige Kündigung meine Entrüstung gegen solches Verhalten zu dokumentieren. Dies hat diese menschenfreundliche Herrschaft nicht im geringsten gerührt, die Arbeiten sind ja so weit gemacht, das Unterhalten kann vom Gartenarbeiter besorgt werden; der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Die Kollegen mögen sich meine hier gemachte Erfahrung als Beispiel nehmen, Recht auf Arbeit, Recht auf Leben hat man bei solchen Herrschaften nur solange, als es ihrem Geldbeutelinteresse nicht entgegensteht.

Hier hilft kein Nachgeben, kein Sich-ducken. Solche Mißstände kann nur eine machtvolle Organisation beseitigen. Hier gilt auch der Satz: „Wo die Macht ist, da ist auch das Recht!“

Kruppsche Privatgärtnerei Hügels. Wie schon berichtet, stehen die Gartenarbeiter dieses Betriebes in Lohnbewegung. Am 16. Juni 1919 hat nun der Arbeiterausschuß mit der Verwaltung die Löhne geregelt, ähnlich wie bei der Kruppschen Wohnungsverwaltung. Nur mit dem Unterschied, daß für die Gärtner nichts herausgeholt wurde. Die Gärtner, die bis heute den Arbeitern im Lohne gleich standen, werden schließlich damit zufriedener sein müssen, daß sie in Zukunft weniger als diese erhalten. Man wird fragen: Wie kommt dies? Der Arbeiterausschuß nahm den Standpunkt ein, daß er für Unorganisierte nicht eintreten könne. Nun liege es an den Gärtnern, sich so schnell wie möglich dem Verband anzuschließen, damit auch für sie die Löhne geregelt werden. Die Arbeiter sind restlos organisiert, die Frauen und jugendlichen Arbeiter wollen geschlossen dem Verbands beitreten.

Gutsgärtnerlöhne im Revolutionszeitalter.

Nach 6½jähriger militärischer Dienstzeit endlich von der Zwangsjacke erlöst, freute ich mich, wieder frei zu sein und im Beruf arbeiten zu können. Mein Bestreben ging natürlich dahin, eine gute dauernde Stellung zu suchen, um mir und meiner Familie nun ein angenehmes und sorgenfreies Dasein zu schaffen. Leider mußte ich gar zu schnell wieder erfahren, welch traurige Arbeitsverhältnisse unseren Beruf begleiten. Mein Sinn stand natürlich auch „aufs Land“, schon weil ich mir sagte, dort eine bessere und reichlichere Nahrung zu finden. Trotzdem ich mich an mehrere Facharbeitsnachweise wandte, war es mir zunächst nicht möglich, eine ländliche Stellung zu bekommen, bis mir schließlich, wie man so sagt, unter der Hand eine Guts-gärtnerstelle in Mecklenburg nachgewiesen wurde. Ich fuhr sofort dorthin, um mir die Sache anzusehen. Die Frau Gutsbesitzerin fragte mich zunächst, wie ich mit Vornamen heiße, da sie alle Leute beim Vornamen rufe. Dann teilte sie mir die Vertragsbedingungen mit. Ich sollte jährlich erhalten: 300 Mk. bares Geld, freie Wohnung, Gartenland, 60 Zentner Kartoffeln, 12 Zentner Korn, 2 Fuhren Holz, 10% vom Verkauf und täglich 3 Liter Milch — in Nr. 20 dieser Zeitung klagt ein Kollege, daß ihm als Unverheirateter 80, 60 und 40 Mk. monatlich bei freier Station geboten wurden. Rechne ich mir die 300 Mk. in Monatsgehalt um, so habe ich als Verheirateter sage und schreibe 25 Mk. monatlich. Was die freie Station anbelangt, so setzt sich der Unverheiratete an den Tisch und vergilt seine freie Station, während ich mir dieselbe erst nach Feierabend oder am Sonntag verdienen muß, indem ich Holz hacke, um überhaupt erst kochen zu können, indem ich mir mein Gartenland bebaue, um überhaupt was im Kochtopf zu haben und indem ich das Korn zur Stadt trage, damit man es mir mahlt und ich mir Brot backen kann usw. Von der Arbeitszeit wurde gar nichts erwähnt, es wäre auch überflüssig gewesen, denn die Frau Gutsbesitzerin zeigte mir einen großen Gemüsegarten, einen noch größeren Park und eine furchtbar verwahrloste Gewächshaus- und Mistbeetanlage, dies alles sollte ich alleine bebauen und in Ordnung halten, so daß ich mit einer 12—14stündigen Arbeitszeit zu rechnen hatte. Doch die Dame war so gütig, mir noch eine weitere Einnahmequelle zu eröffnen.

Meine Frau sollte mit im Garten arbeiten und dafür die Stunde 30 (dreißig) Pfennig erhalten. Außerdem sollte sie die herrschaftliche Wäsche unentgeltlich mit waschen, da, wie die Onädige meinte, die Tagelöhnerfrauen das nicht wollen. — So sieht es noch auf den Gütern aus, Kollegen! — Man findet gar keine Ausdrücke, um seine Meinung richtig äußern zu können. Und so lange es noch „Kunstgärtner“ gibt, die solche erniedrigende, jammervolle Stellungen annehmen, werden auch die Berufsverhältnisse auf den Gütern nicht besser. W. Giske, Hamburg.

Staats- und Gemeindegärtnerei

Hannover. Zu dem in Nr. 28 bekanntgegebenen Tarifvertrag tragen wir heute nach die wichtigsten Bestimmungen des Lohn tariffs für die Gruppe IV: Gartendirektion u. a. Der Stundenlohn beträgt für ungelernete Arbeiter 1,80 Mk., angelernte Arbeiter 1,90 Mk., geleante Arbeiter, d. h. Monteure und Handwerker 2,20 Mk., Obergehilfen, Vorarbeiter und Kolonnenführer, denen eine besondere Funktion oder Verantwortung übertragen ist, erhalten einen Zuschlag von 10 Pfg. die Stunde. Für Ausheben der Leichen auf den Friedhöfen wird ein Zuschlag von 50% gewährt, für Ausschneiden und Fällen alter Bäume, Sensen- und Maschinenmähen eine Zulage von 10 Pfg. die Stunde.

Vollarbeiterinnen erhalten einen Stundenlohn von 1,10 Mk., jugendliche weibliche bis zum vollendeten 15. Lebensjahr 0,50 Mk., jedes Jahr steigend um je 10 Pfg. bis zum vollendeten 18. Jahre 0,80 Mk. Männliche Jugendliche bis zum vollendeten 15. Jahre 0,65 Mk., jedes Jahr steigend um 15 Pfg. bis zum vollendetem 18. Jahre 1,— Mk.

Besondere Beachtung verdient nach § 6 der allgemeinen Bestimmungen, der besagt: In Betrieben, in welchen fachmännische Arbeit, die eine berufliche Lehrzeit erfordert, verrichtet wird, können ungelernete Arbeiter, die mit Facharbeiten beschäftigt werden und länger als zwei Jahre im Betriebe tätig sind, von der Betriebsleitung im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß zu angelernten Arbeitern bestimmt werden. Zu gelerten Arbeitern können im gleichen Einvernehmen auch Arbeiter ohne Fachzeugnis ernannt werden, wenn sie die Tätigkeit eines gelerten Arbeiters länger als drei Jahre im Betriebe ausgeübt haben.

Hann.-Münden. Für den Botanischen Garten der Forstakademie ist zwischen dem Oberforstmeister und unserem Verband nach mancherlei Schwierigkeit nachstehende Vereinbarung getroffen worden.

Arbeitszeit:

Die Arbeitszeit ist eine täglich achtsündige. An Sonn- und Feiertagen sind nur die naturnotwendigen Arbeiten zu verrichten und ist dazu nur das unbedingt notwendige Personal wechselseitig heranzuziehen.

Arbeitslohn:

Für Gehilfen von 17 bis 21 Jahren	1,10 Mk.
von 21 bis 25 Jahren	1,30 Mk.
ältere	1,50 Mk.
Für Arbeiter von 14 bis 17 Jahren	0,80 Mk.
von 17 bis 21 Jahren	1,00 Mk.
von 21 bis 25 Jahren	1,10 Mk.
ältere	1,30 Mk.
Für Arbeiterinnen von 14 bis 17 Jahren	0,45 Mk.
ältere und Frauen	0,65 Mk.

Obige Lohnsätze treten ab 1. Januar 1919 in Kraft. Bestehende bessere Lohnsätze dürfen nicht gekürzt werden.

Kündigung:

Die Kündigung ist beiderseits eine 14 tägige. Am Sonnabend, den 28. Juni sollten hier die Kolleginnen und Kollegen schon entlassen werden, weil angeblich kein Geld mehr da sei. Es bedurfte erst eines Besuches im Ministerium, um dem abzuwehren. Die jetzige Vereinbarung ist eine vorläufige bis zur hoffentlich recht bald erfolgenden allgemeinen für alle Staatsbetriebe Preußens geltenden Regelung.

Friedhofsbetriebe

Berlin. Drohende Entlassungen auf den Friedhöfen. Früher als sonst werden schon dieses Jahr auf den Friedhöfen der Berliner Kirchengemeinden die Sommerarbeiter entlassen. Die Gemeinden der christlichen Nächstenliebe unterscheiden sich durch nichts von den Unternehmern der Erwerbsberufe. Während die politischen Gemeinden sich alle erdenkliche Mühe geben, durch Schaffung von Notstandsarbeiten die drückende Arbeitslosigkeit in Großberlin zu lindern, kümmern sich die Kirchengemeinden nur um ihren Geldsack. Ist die notwendige Arbeit getan, dann können die Sommerarbeiter gehen. Schon sind auf den Kirchhöfen der Jerusalem-Gemeinde 11 Mann entlassen worden, auf anderen Kirchhöfen weniger, aber die Entlassungen stehen auf allen Friedhöfen vor der Tür. Darf dieses bei der riesigen Arbeitslosigkeit geduldet werden? Man sollte erwarten dürfen, daß die Kirchengemeinden hier

wahres menschliches Gefühl zeigen und auch ihr Scherflein dazu beitragen, um der riesigen Arbeitslosigkeit steuern zu helfen. Zumal wenn man bedenkt, daß die meisten Berliner Kirchengemeinden schwer reich sind. Man sollte doch nicht so in die Ferne schweifen und für Kamerun oder Togo Kirchen bauen, sondern schön in der Nähe das Gute stiften, im eigenen so oft gepriesenen Vaterlande. Es werden ja auch keine Almosen verlangt, die Gemeinden sollen die Arbeitslöhne nicht ohne Gegenleistung verschenken, sie sollen nur Arbeit schaffen! Und Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden. Man sehe sich doch nur einmal die Friedhöfe an! Sehen sie aus wie Gottesgärten, wie geweihte Stätten? Nie und nimmer! Gar viele gleichen großen Müllhaufen!

Schon im Jahre 1911 hielt man sich über den verwahrlosten Zustand so manchen Friedhofes auf, und jetzt ist es eher schlechter geworden. Verwahrloste, von Gras überwachsene Gräber, Wege und Steige von Unkraut überwuchert oder bei Regenwetter ungangbar, Bäume und Sträucher verwachsen, viele Jahre ungeschnitten, das sind die Wahrzeichen der meisten Friedhöfe. Sieht man sich jedoch die meist hinten liegenden freien Felder an, so erhält man ein noch viel betrüblicheres Bild. Öde Felder, von Schutt und Steinhaufen besetzt, mit Unkraut bewachsen, das ist der Anblick der Stätte, wo einst unsere Lieben die ewige Ruhe halten sollen! Unwürdig eines geweihten Gartens. Ein Friedhof soll doch keine Wüstenei verfallener Hügel sein, sondern ein Garten, in dem auch die lebenden Andacht und Ruhe genießen können!

All dies sind die Folgen der kapitalistischen Profitmacherei der Kirchengemeinden, die Kirchhöfe sind jetzt Pfründen, aus denen die Gemeinde ihren Profit zieht. Und um diesen Profit nicht zu schmälern, entläßt sie auch ihre Sommerarbeiter.

Hier muß Änderung werden! Es ist Arbeit genug vorhanden. Schaffet wahre Gottesacker, wahre Totengärten, würdig einer geweihten Stätte und Ihr habet Arbeit für viele!

Kirchenväter, denkt sozial und wahrhaft christlich!

Aber, wenn die Kirchenväter sagen, wir wollen nicht, unser Geld ist zu schade dazu? Dann muß ein anderer Weg gefunden werden, um unseren Kollegen die notwendige Arbeit zu schaffen.

Überall fordert die Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht. Hier ist der Weg gezeigt, wodurch wir uns dann Arbeit verschaffen werden. Durch das Mitbestimmungsrecht.

E. Beier.

Blumengeschäftsangestellte

Braunschweig. Der Schiedsspruch im Blumengewerbe von den Arbeitgeberern abgelehnt! In der Lohntariffrage der Blumen-geschäftsangestellten konnte keine Einigung erzielt werden. Die Geschäftsinhaber wollten sich durchaus nicht dazu verstehen, einen höheren Satz wie 30 Mk. Wochenlohn für ältere Binderinnen festzusetzen, weil die Leistungen nicht dementsprechend wären. Damit stellen sich diese Herren selbst ein schlechtes Zeugnis aus, denn die größte Anzahl der Angestellten hat in Braunschweiger Geschäften gelernt. Als der Vertreter der Organisation andere Städte anführte, in denen die Forderungen der Arbeitnehmer rückhaltlos anerkannt sind, meinten die Herren, dann verständen die Leute nichts von ihrem Geschäft. Also sind nach Gutachten der Braunschweiger Blumengeschäftsinhaber ihre Kollegen in Berlin, Hannover und anderen Orten schlechweg gesagt, Stümper. Vor allen war es wieder Herr Reupke, Altkiekrine, welcher sich besonders durch sein Benehmen während der Verhandlungen hervortat. Ab und zu bekam dieser Herr einen Wutanfall, der sich in fleghaften Bemerkungen gegen den Organisationsvertreter äußerte. Herrn Reupke, der auch sonst gegen sein Personal sehr schlagfertig sein soll, ist nur zu empfehlen, sich in seinen Mußestunden einmal eingehend mit „Knigges Umgang mit Menschen“ zu beschäftigen.

Der Schlichtungsausschuß sah sich veranlaßt, einen Schiedsspruch zu fällen, welcher folgende Mindestsätze vom 1. Juli 1919 ab, vorsieht.

Für Lehrlinge im 1. Jahr monatlich 30 Mk., im 2. Jahr monatlich 50 Mk. Für Einwärtinnen nach 2jähriger Tätigkeit wöchentlich 27,50 Mk., nach 3jähriger Tätigkeit wöchentlich 35,00 Mk., nach 4jähriger Tätigkeit wöchentlich 40,00 Mk. wollen dann lieber mit Lehrlinginnen arbeiten. Dieser Anspruch ist für das Verhalten der Arbeitgeber bezeichnend und für Eltern, die ihren Töchtern die Binderlei lernen lassen wollen, dürfte er eine Warnung sein. Daß die Arbeitgeber es verstanden haben, angemessene Preise für ihre Erzeugnisse zu fordern, nur nebenbei. Die Organisation hat die Streitfrage dem Demobilisierungskommissar überwiesen und wird nicht eher ruhen, bis dieser, bisher mit am schlechtesten entlohnten Berufsschicht ihr Recht wird.

W. Adam.

Berichte

Rathenow. Die notleidenden Gartenbauern. Unsern Unternehmern ist es stets herzlich schlecht gegangen, weil sie ja „zur Landwirtschaft gehörten“ und diese stets Not litt. Seit nun aber die vorläufige Ländarbeitsordnung besteht und sie nun „ganz bestimmt“ zur Landwirtschaft gehören, sintemalen, ihnen diese doch eine elfstündige Arbeitszeit gestattet, scheint es ihnen erst recht schlecht zu gehen. Am allerschlechtesten geht es anscheinend aber unseren Gartenbauern in Rathenow. Bei unsern Tarifverhandlungen kam das recht lebhaft zum Ausdruck seitens dieser Herren. Sie waren dieserhalb auch nicht in der Lage mit uns einen Vertrag abzuschließen. Böse Zungen wollten damals behaupten, daß die Profitsucht der Herrschaften, Zugeständnisse an die Arbeitnehmer verbiete. Wir, unsererseits waren selbstverständlich stets von der „Notlage“ unserer „wohlwollenden“ Arbeitgeber überzeugt. Und wer heute noch boshaft genug ist, anderer Meinung zu sein, der lese den Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung in Rathenow, abgedruckt im Brandenburger Anzeiger Nr. 159 vom Freitag, den 11. Juli d. Js. Dort heißt es: „In scharfen Worten wandten sich am Schlusse der Versammlung einige der Stadtverordneten unter Zustimmung des gesamten Kollegiums gegen die in Rathenow (auch anderwärts) von Produzenten und Händlern geforderten Wucherpreise für Gemüse und Obst, wobei Stadtverordneter Priefert betonte, falls sich dieses nicht ändere, die Stadt rücksichtslos die Eigenbewirtschaftung übernehme.“ Unter solchen Umständen lassen sich Tarifverträge freilich nicht bezahlen.

Dähn.

Rundschau

„Deutscher Gewerkschaftsbund“ und „Allgemeiner Gewerkschaftsbund“. Unsere bisherige „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ war in dieser ihrer Form immer nur ein Notgebilde. Ein Verband oder Bund der Gewerkschaften wäre besser gewesen; doch könnten, dürften wir solchen früher nicht bilden, um die Schwierigkeiten im Dasein gegenüber den alten reaktionären Behörden nicht noch zu vergrößern. Als nun schon während der Kriegszeit die Verhältnisse sich langsam änderten, wurde die Umänderung sofort ins Auge gefaßt. Schon vorher war bereits über den Namen eine Verständigung erfolgt, man wollte diese unsere Organisation „Deutscher Gewerkschaftsbund“ nennen und gab diese Absicht auch öffentlich bekannt. Der erste, durch die Generalkommission und die Vorstände-Konferenzen veranlaßte Stützungsentswurf sieht diesen kurzen, knappen Namen vor. Der zweite Entwurf aber, der in Nr. 50 des Correspondenzblattes abgedruckt ist, nennt als Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Warum diese Verängerung des Namens? Weil inzwischen die ehrwürdigen „christlichen“ Herrschaften uns den kurzen Namen — gelinde gesagt — wegstibitzt hatten.

Seit einiger Zeit haben — unter Führung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften — die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, unter Hinzuziehung einer Anzahl von Angestellten-Veränden, eine gegen-sozialistische Arbeitsgemeinschaft gebildet, der sie den Namen „Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund“ gegeben hatten. Das „demokratische“ scheint aber bald wieder Anstoß erregt zu haben, und vor einigen Wochen wurde der Öffentlichkeit bekannt gegeben, man habe beschlossen, sich künftighin „Deutscher Gewerkschaftsbund“ zu nennen. Dabei war denselben Herrschaften vollauf bekannt, daß dieser Name bereits für die Gesamtorganisation der freien Gewerkschaften vorgeschlagen und in Aussicht genommen war!

Infolge dieses geistigen Diebstahls wurden wir nun gezwungen, uns nach einem anderen Namen umzusehen und ist, wie schon bemerkt, jetzt „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“ vorgeschlagen worden. Erbaulich und bezeichnend ist nun, was jetzt das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 11, vom 26. Mai) schreibt, es schreibt also:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund (früher Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund) umfaßt außer dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und den Deutschen Gewerkvereinen Hirsch-Duncker auch die namhaftesten nicht-sozialdemokratischen Eisenbahnerverbände, sowie alle größeren nichtsozialdemokratischen Angestelltenorganisationen mit einer Mitgliederzahl von insgesamt 1½ Million. Er muß sich deshalb dagegen verwalten, daß die freien Gewerkschaften für eine von ihnen geschaffene Korporation sich seines Namens bedienen wollen!“

Gut gebrüllt, Löwe, sehr gut! „Sich dagegen verwalten, sich seines Namens bedienen zu wollen“. In moralischer Entrüstung ist diesen Herrschaften noch niemals einer nachgekommen. Wir lehnen auch in diesem Falle einen Wettbewerb ab. Tatsachen in ihrer Nacktheit festzustellen, wird man uns aber nicht verhindern können.

Bei dieser Gelegenheit sei an einen gleichartigen Vorgang erinnert, der sich abspielte, als die freien Gewerkschaften den Aufbau ihres Zentral-Arbeiterssekretariats bewirkten. Die freien Gewerkschaften hatten damals die Absicht, dieses Sekretariat „Reichs-Arbeiterssekretariat“ zu nennen und gaben damals diese Absicht ebenfalls öffentlich bekannt. Und flugs bevor noch ein Beschluß gefaßt werden konnte, stibitzten die ehrenwerten Christen diesen Namen für ihre parallele Einrichtung. Man ersieht daraus, daß der gegenwärtige Vorgang nur eine Wiederholung früherer „christlicher“ Methoden ist.

Wir wollen nicht schmähen und schmälen, nur einige nicht ganz nebensächliche Tatsachen feststellen. Zuweilen ist es für diesen und jenen gut, darüber unterrichtet zu sein.

Bekanntmachungen

Quittung über Beiträge zum Widerstandsfonds.
 Böden, Strausberg 0,80 Mk., Milz, Berlin 3,00 Mk., Stimmert, Königsberg 2,20 Mk., Bezirk Berlin-Weißensee 33,65 Mk., zusammen 39,45 Mk., vorher quittiert 3747,18 Mk., zusammen 3786,63 Mk.

Frankfurt a. M. Generalversammlung Samstag, den 9. August, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
 Hof i. Bayern. Vorsitzender Hugo Edelmänn, Ludwigstr. 26 II, Kassierer Wilhelm Fichtner, Bachstr. 11. Versammlungen im Lokal „Stadtpost“, Poststraße.

Merseburg: Vors. Willi Frost, Nordstraße Nr. 2. Kass. Ernst Pohle, Fischerstraße Nr. 11. Versammlung: Jeden Donnerstag nach dem 1. des Monats im Thür. Hof.

Stuttgart. Stellensuchenden Kollegen zur Kenntnis, daß der Arbeitsmarkt in Stuttgart überfüllt ist, Stellengesuche nach Stuttgart und Umgebung sind aussichtslos.

Würzburg. Vorsitzender: Leonhard Wolff, Sophienstr. 13, Kassierer Karl Wiedemann, Grambühlstr. 29 o. Versammlung Sonnabends nach dem 1. und 15. jeden Monats im Restaurant „Zur Blauen Glocke“.

Zeitz mit Theissen und Droyssig: Vors. Albin Vahldick, Kalkstraße Nr. 8, III. Versammlung jeden Sonnabend nach dem 1. d. Mts. im Altenburger Hof, Zeitz, Altenburgerstraße. — Anschrift für Theissen: G. Schwäbe, Neustraße; für Droyssig: B. Dammes, Camburgerstr. Nr. 21.

Sterbetafel.

Plötzlich und unerwartet verstarb unser Mitglied Kollege

Fritz Eberle

in jugendlichem Alter von 20 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Ortsverwaltung Leipzig.



Anzeigenteil



Kauffe eimel. Singvögel (Brdl.)
 Dornbach, Barmen 47, Steinweg 20

Chemische Düngemittel

Verschiedene Sorten, Zentner- u. Waggonweise, offeriert
 Rudolf Müller, Leipzig-Pieswitz, Merseburger Str. 3, Tel. 40 630.

Brunnen- und Wasser- versorgungs- Anlagen

für jedes gewünschte Wassermenge, führt schnell und billigst aus die Firma

D. B. Simon Nachf.,
 Brunnenbaugeschäft,
 Berlin-Schöneberg,
 Hauptstraße 20-22



Gartenmesser Hippon

alle Gartenwerkzeuge
 Ludwig K. Adam
 Breslauer Gartenwerkzeugfabrik
 Breslau-A 19 P.
 8 Prokataloge abfordern.

Hochgrove's Spezialdünger

als Eigenbau von der D. L. G. und der Landwirtschaftskammer anerkannt. Zur Hochgrove's großen und kleinen Quantitäten lieferbar. Prospekt und Kulturabweisung auf Wunsch. H. Hochgrove, Borsdorf, Kreis Halberstadt, Fernspr. Osterwick (Hans) 30 u. 49.

1898 Kranzblumen

als: Dahlien, Rosen, Krokusse, Lilien, Anemonen, Flieder, Begonien usw. 22 Bld. bei Braun vork. Breda, Dresden.

Frischen aromatischen Estragon und Dill

sowie während der jeweiligen Ernte Tomaten, Portwivibel und Silberwivibel kauft
 Wih. Wecker, Weinseitig- und Heilbrunn a. N.

Zu verkaufen:

Ein groß. Posten **Schilmmatten** 0,80 u. 1,60 m gut gebundener **breit** und 1 m **Drabtgelicht** breites

Jos. Zeller, München, Schützenstr. 1 a.

Gemischten Düng

hat lorenweise abzugeben
 Role, Berlin S, Halber Straße 130.

12000 Spankörbe

30 : 19 : 11 : 38 : 14 : 11 cm mit flachem Henkel
 38 : 23 : 17 : 34 : 24 : 13 1/2 cm mit hohem Henkel
 29 : 21 : 12 cm braun gebeizt ohne und mit Berde und hohem Henkel.
 33 : 20 : 15 cm, 36 : 23 : 17 cm u. 40 : 26 : 18 cm braun gebeizte Satzkörbe m. Holzboden u. hoh. Henkel, extr. stark
 40 : 58 : 53 cm ungeschälter Weidenkorb
 Zum Versand von Obst, Gemüse etc. geeignet sofort greifbar
 empfiehlt billigst
 Ernst Schultschek, Göttingen.

Gartenbausachverständiger

für Herstellung neuer sowie für Beaufsichtigung bereits vorhandener Zier- und Nutzgartenanlagen in unseren Beamten- und Arbeiterkolonien in und bei Ludwigshafen a. Rhein in dauernde Stellung, die mit Pensionsberechtigung verbunden ist, gesucht.

Bewerber, nicht unter 30 Jahre alt, mit entsprechende praktischer und theoretischer Vorbildung wollen ihr Gesuch mit Lebenslauf, Bild, Angabe der Gehaltsansprüche und des möglichen Dienststritts richten an die

Badische Anilin- und Soda-Fabrik, Ludwigshafen a. Rh.
 Bauwirtschaftliche Abteilung

Für unser Karhaus „Weidmannshof“ zu Bad Rothenfelde suchen wir einen

tüchtigen, fleißigen Gärtner,

der Erfahrung in Gemüse- und Obstbau, sowie in der Instandhaltung von Anlagen besitzt. Für einen verheirateten mit einer kleinen Dienstwohnung vorhanden. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche an den Allgemeinen Knappschafts-Vorstand zu Bochum zu richten.

Getrocknete Torfkorde

s. Zt. bester Ersatz für Torfmüll, liefert pro Ztr. 8 Mk. in Wagenladungen. Lose verladen, ab Pack und als Schutzkrut in Holzfässern oder in Leinwandtaschen gegen 25 Pfg. Lohgeb. und 7 Mk. Pfand, 3,20 Mk. ab Torf und 4 Mk. ab Donau. Unsere Torfkorde besitzt nach einem hohen Wert als Düngemittel. Gahr, Ladendorf, Talsiedlung, Kalkwasser, Post Kodorsdorf O.-L.

Kittlose Frühbeefenster

D. R. G. M.
 aus in Stammkeller mit zlatte Regelaerfassung liefert
 Süddeutsche Dachbaustoffabrik
 Inh. Carl Hitz,
 Ludau (Pfalz).

Weidenkörbe

einmal gebraucht für Obst und Gemüse, 1 Ztr. fasced, wöhenlich 1-20 Stück abzugeben
 „Union“ Leipzig
 Berlinerstraße 18.

Blumen- u. Kranzdraht

1/2-2 mm stark, 5 Rde 10.- Mk.
 HESSE, Dresden, Schönstrasse



Handleiterwagen

braucht der Gärtner
 Vorlesung Sie Prokataloge B.
 Richard L. Schödlitz G. u. B. B.
 Berlin W 90, Invalidenstr. 15

Drabtgelicht

liefert jeden Posten billigst.
 Vorratliste gegen Freimarkel
 Ernst Kerschke, Maschinenfabrik,
 Reichenbrand I. No. 37.

Brennellen

Hersteller
 Brennellenabrik
 Ravensburg (Württemberg).

Großes Lager fertiger Cichées

Lager-Gleiches



Für Gärtner Cataloge

für die Gärtner - Branche.

Linden - Bindebast

kg 10 Mk. in jeden Posten sofort lieferbar.

Max Werner, Letschin (Oderbruch).

Rämmelpflanzen

verfügbare Auswahl, in die ein Herbst gepflanzt, geben 1898 eine volle Ernte. Kräftige einjährige Pflanzen 100 St. 5.- Mk., 1000 St. 48.- Mk., 3000 St. 120.- Mk. Bestellungen geben jetzt erbeten.
 H. Hochgrove,
 Borsdorf, Kreis Halberstadt, Fernspr. Osterwick (Hans) 30 u. 49.

Asphalt - Kitt,

starklich brauchbare, beste haltbare Qualität, gebrauchsfertig, 2 Zentner 30 Mk.
 Hugo Arnold,
 Kunst- und Handelsgärtner,
 Borsdorf, Hansstr. 32/34